Signalwirkung durch Entscheidung des Amtsgerichts Frankfurt a. M.

„Pfuscher“ ist unzulässige Schmähkritik

Abwertende Beurteilungen von Zahnärzten in sozialen Medien und auf Bewertungsportalen sind ein Ärgernis. Abgesehen davon, dass sie ruf- und geschäftsschädigend sein können, wird die der Bewertung zugrunde liegende Behandlung nicht selten falsch dargestellt. Die Rechtsprechung hat sämtliche damit in Zusammenhang stehende Fragen überwiegend betont patientenfreundlich entschieden. Doch dies hat seine Grenzen, wie das Amtsgericht Frankfurt a. M. nun entschied.

Der Zahnarzt kann von einem Portalbetreiber weder die Löschung seiner eigenen persönlichen Daten noch die Herausgabe der Daten des in der Regel anonym kommunizierenden Nutzers verlangen. Dennoch ist auch das Internet kein rechtsfreier Raum, in dem nach Herzenslust Zahnärzte geschmäht werden dürfen. Dies zeigt ein aktueller Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt a. M. [Az.: 32 C 1922/15 (41)].

Der Fall

Ein Patient hatte auf der Facebookseite einer Zahnarztpraxis mehrere Monate nach Behandlungsende folgenden Kommentar zu dem ihn behandelnden Zahnarzt abgegeben (Interpunktionsfehler werden dem Original entsprechend wiedergegeben):

„Ich habe mich gefühlt, wie beim größten Pfuscher, der mich jemals behandelt hat. Er hat einen meiner Zähne gefüllt und dabei einen Nerv eingequetscht, so dass ich vor Schmerzen den zahnärztlichen Notdienst aufsuchen musste. Dort wurde der Zahn dann gezogen, weil er irreparabel war.“

Der betroffene Zahnarzt machte Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche geltend. Konkret verlangte er eine einstweilige Verfügung, mit der dem Patienten aufgegeben werden sollte, den Kommentar von der Seite zu löschen. Das Amtsgericht Frankfurt a. M. erließ die begehrte einstweilige Verfügung. Der Patient musste seinen Kommentar löschen. Einer Begründung der Entscheidung bedurfte es aus prozessrechtlichen Gründen nicht. Dem Beschluss ist nur zu entnehmen, dass der Zahnarzt das Vorliegen eines Widerrufs- und Beseitigungsanspruchs hinreichend glaubhaft gemacht hatte.

Gericht genehmigt Unterlassungsanspruch

Nach den allgemein geltenden Voraussetzungen für einen Unterlassungsanspruch lässt sich indes Folgendes sagen:

Maßgeblich für die Frage eines Unterlassungsanspruchs ist eine Abwägung zwischen dem Persönlichkeitsrecht des betroffenen Zahnarztes und der Meinungsfreiheit des Patienten. Die

Meinungsfreiheit schützt nicht Schmähkritik und falsche Tatsachenbehauptungen. In diesen Fällen kann der Bewertete die Unterlassung und Löschung der Äußerung verlangen. Schmähend ist eine Kritik, wenn das sachliche Anliegen der Äußerung durch die persönliche Kränkung des Bewerteten völlig in den Hintergrund gedrängt wird.

Das Amtsgericht Frankfurt a. M. nahm demnach an, dass die Bezeichnung als „größter Pfuscher, der mich jemals behandelt hat“ eine Schmähung in diesem Sinne darstellt. Ob dies zugleich eine Beleidigung im strafrechtlichen Sinne darstellt, bleibt offen, ist aber auch nicht erheblich. Auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit liegende schmähende Äußerungen sind auf Verlangen zurückzunehmen beziehungsweise im Internet zu löschen.

Signalwirkung für weitere Entscheidungen

Auch wenn der Beschluss des Amtsgerichts naturgemäß keine Gültigkeit in jedem Einzelfall beanspruchen kann, geht eine gewisse Signalwirkung von dieser Entscheidung aus. Der häufig anzutreffende Begriff des „Pfuschers“ dürfte – wenn nicht besondere Umstände im Einzelfall entgegenstehen – als schmähende, damit nicht mehr zulässige und zu löschende Äußerung gelten.

Für die entsprechende Äußerung auf Bewertungsportalen gilt insoweit nichts anderes, wobei in diesen Fällen wegen der Anonymität der Nutzer das betreffende Portal selbst in Anspruch zu nehmen wäre.

RA Michael Lennartz

www.heilberuferecht.eu